

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNIS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRODER, Bundesminister des Innern

In Verbindung mit Ernst BÄCH · Pfarrer Alfons KREUSSEL · Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, M.D.L. · Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHaupt, M.D.B.
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

8. Jahrgang, Nummer 6

Z 2753 E

Bonn, im Juni 1960

INHALT

DAS MANDAT DES 17. JUNI von Ulrich Mann	S. 1
STAAT — GESELLSCHAFT — VATERLAND von Franz Meyers	S. 7
VATERLAND IN DER POLITISCHEN VERANTWORTUNG EINES EVANGELISCHEN CHRISTEN von Edo Osterloh	S. 9
ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION	S. 11

DAS MANDAT DES 17. JUNI

Ansprache im Bundestag zum „Tag der deutschen Einheit“ am 17. Juni 1960

von Dr. habil. Ulrich Mann, Tübingen

Nationale Feiertage bergen immer eine gewisse Zwiespältigkeit in sich. Es sind Tage des Gedenkens an große vaterländische Geschehnisse in der Vergangenheit. Wie aber soll eine Feier in späteren Zeiten der wahren Größe eines historischen Ereignisses wirklich gerecht werden? Wie kann die Trauer wachgehalten werden, die dem schweren Einsatz und dem Opfer angemessen ist; wie kann die Freude reingehalten bleiben, die Freude über einstmals schwer errungene Erfolge, wie kann sie davor bewahrt werden, in schalen Allerweltsfrohsinn überzugehen? Vor diesen Fragen stehen wohl alle Völker, wenn sie ihre nationalen Gedenktage begehen wollen, einfach deshalb, weil die historischen Ereignisse immer mehr in die Vergangenheit rücken und ihre ursprünglich so auf-rüttelnde Gegenwartsnähe verlieren. Man kann offenbar nationale Gedenktage nur dann recht begehen, wenn das zu feiernde Ereignis noch stark nachwirkt und unmittelbar

in die Gegenwart hinein ausstrahlt. Sich dessen bewußt zu werden, die Nachwirkung und Ausstrahlung des Ereignisses in die Gegenwart hinein deutlich zu machen, das ist offensichtlich der Weg, der über die Zwiespältigkeit hinausführt. Auf diesem Weg allein läßt man hinter sich den Zwiespalt zwischen der erschütternden Größe des geschichtlichen Ereignisses und dem falschen Pathos leerer Feierlichkeit.

Verhängnisvolle oder heilsame Unruhe?

Es ist der Sinn dieser Stunde, einer solchen echten Vergegenwärtigung zu dienen. Daß wir einer solchen Erinnerung bedürfen, liegt auf der Hand. Es besteht offenbar ein tiefer Zwiespalt zwischen der Größe und dem Ernst des Geschehens vom 17. Juni 1953 auf der einen Seite und dem augenblicklichen Ausflugs- und Ferienbetrieb

auf der anderen. Dennoch sollte man sich nicht allzusehr an diesem Zwiespalt aufhalten. Man kann es dem arbeitenden Menschen nicht verdenken, wenn er die heuer zusammenfallende Serie von Feiertagen zur Ausspannung benutzt. Denn unsere geschichtliche Lage sorgt ohnehin dafür, daß eine viel tiefere Zwiespältigkeit uns unablässig vor Augen steht. Es ist die Gespaltenheit unseres Vaterlandes. Jeder ist sich in diesen Monaten bewußt geworden, welche Gefahr für uns Deutsche, ja für den Frieden der Welt mit dieser Gespaltenheit zusammenhängt.

Wie auch immer der Einzelne zu dieser Erkenntnis stehen mag, ob er sie sich mehr oder weniger verdeckt oder ob er sie ins helle Bewußtsein aufnimmt — das Wissen um die Zerrissenheit unseres Vaterlandes hat uns nun unruhig gemacht. Die deutsche Zwiespältigkeit erfüllt den Einzelnen mit schwerer Sorge. Das ist vielleicht das eigentlich Neue, das die letzten Monate für uns gebracht haben. Die Gespaltenheit unseres Vaterlandes ist nicht mehr bloß Angelegenheit der großen Politik, sie bewegt in geheimer Unruhe zutiefst das Herz des Einzelnen. Das könnte unter Umständen zu einer lähmenden Angst führen, und das wäre eine verhängnisvolle Auswirkung der deutschen Spaltung. Denn Angst ist immer ein schlechter Ratgeber, sie macht blind für die Wirklichkeit. Doch das ist nur die eine Seite: Die innere Unruhe unserer Herzen birgt auch eine verheißungsvolle Möglichkeit. Sie kann ins Gute führen, zu einem höheren Ethos, und davon muß hier die Rede sein.

Vaterland — entleerter und neu zu füllender Begriff

Unsere Unruhe kommt von der Gespaltenheit des Vaterlandes, sie hat ihren Ursprung auf der Ebene des Vaterländischen. Es ist in klugen und klarsichtigen Untersuchungen von ganz verschiedenen Fakultäten aus dargelegt worden, wie der Begriff Vaterland unter dem Werteverfall der jüngsten deutschen Vergangenheit gelitten hat, wie er geradezu zersetzt ist und keine Bindekraft mehr besitzt. Das mag durchaus zutreffen, der Begriff ist entleert. Wir können nicht mehr in dem Sinne „Vaterland“ sagen, wie es die Romantik getan hat, das Wort Vaterland hat für uns nicht mehr den Klang und den Zauber, der frühere Generationen im Innersten ergriff. Man mag das bedauern oder begrüßen, es ist so. Die Frage ist nur, ob die Sache, die der Begriff Vaterland meinte, auch bedeutungslos geworden ist. Ich weiß jedenfalls kein anderes Wort, welches die Gemeinsamkeit, die ein Volk in der Gegenwart umschließt und zugleich mit seiner Geschichte, seiner Herkunft verbindet, so gültig ausdrücken könnte wie das Wort Vaterland. Es geht dabei ja gar nicht in erster Linie um den Raum, um ein Land wie etwa in dem Begriff Heimat, es geht vor allem um die Zeit, um die Geschichte, um das gemeinsam im Guten und im Bösen Getane und Erlittene. Freilich, das Land, der Raum, das Geographische gehört auch mit dazu, aber eben nur mit, es ist nicht das Entscheidende, nicht das Wesen.

Und so steht es ja auch mit unserem eigentlichen Nationalproblem dieser Zeit: Die Zonengrenze trennt ein Volk mit gemeinsamen Vorfahren, mit gemeinsamen geschichtlichen Erlebnissen und Erfahrungen, mit gemeinsamen Taten und gemeinsamen Leiden — das ist das erste; aber das andere fehlt nicht, die Zonengrenze ist zugleich eine sehr massive geographische Wirklichkeit, die Not

unseres Vaterlandes ist auch eine durchaus räumliche Not, ein großer Stacheldrahtzaun teilt unser gemeinsames Vaterland.

Der Begriff Vaterland ist leer geworden, gewiß; aber die Sache, die der Begriff meint, besteht nach wie vor, ja sie ist der Gegenstand unserer drängendsten Sorge geworden. Daher sollte man auch das andere sagen: Erst ein leergewordener Begriff kann neu gefüllt werden; und so ist unsere vaterländische Sorge zunächst der Ruf an uns, den alten Begriff neu zu füllen. Ich könnte mir denken, daß mancher unter uns nach wie vor Bedenken hat, den Begriff des Vaterländischen wieder zu verwenden, nachdem ein furchtbarer Mißbrauch mit ihm getrieben worden ist. Ich bin mir aber dessen gewiß, daß über die Sache, die ich damit umschreiben will, in unserem Volk keine Meinungsverschiedenheit besteht. Es sei mir gestattet, die Sache, über die Einigkeit herrscht, mit diesem Begriff zu umschreiben und ihn von dieser Sache her zu interpretieren.

Unser moralisches Recht

Man kann ja durchaus fragen, ob wir Deutsche in Ost und West nach allem, was geschehen ist, noch das moralische Recht haben, ein gemeinsames Vaterland zu fordern. Wir haben dieses Recht. Wir können es aber nicht begründen mit bloßen Gemütswerten, und schon dies zeigt uns, daß wir den Begriff neu füllen müssen. Wir haben dieses Recht vielmehr von dem sittlichen Auftrag her, den die gemeinsame Geschichte uns erteilt. Wir Deutsche im Westen haben nämlich auf keinen Fall das moralische Recht, uns mit unserem an sich sehr erfreulichen Wohlstand zu begnügen und uns von dem Bruder, der Unrecht leidet, teilnahmslos abzuwenden. Schon dies ist Unrecht, daß das Tor nicht aufgetan ist, daß Verwandte nicht zueinander können, von allem anderen zunächst zu schweigen. Dort drüben wird gelitten. Unser Bruder im Osten gleicht dem Leidenden, der an der Straße nach Jericho dem Samariter vor die Füße gelegt war. Er ist unser Nächster, wir sind seine Nächsten. Er beansprucht, daß wir für ihn da seien, und wir haben schlechterdings kein Recht, diesem Anspruch auszuweichen.

Es wäre vorstellbar, daß man bei uns über die Geltung dieses Anspruchs diskutierte — wenn dort drüben nichts geschehen wäre. Wenn der Nebel, der alle Vorgänge dort drüben verhüllt, nicht für einen Augenblick durch einen Sturm beiseitegefegt worden wäre, wenn wir zu unserer Information neben unsicheren Gerüchten allein die dortigen Propagandatiraden zur Verfügung hätten: dann, wie gesagt, könnte man allenfalls darüber diskutieren, wieweit wir Deutsche im Westen wirklich gerufen und ermächtigt sind, das gesamtvaterländische Anliegen stellvertretend für alle Deutschen auf uns zu nehmen und in die Mitte unserer politischen Existenz zu rücken. Solche Fragen und Zweifel sind zerstoßen, solche Erörterungen sind ein für allemal abgetan. Denn es hat den 17. Juni 1953 gegeben.

Es war ein ungeheurer Augenblick, als damals ein Teilproblem ins Ganze des Vaterländischen ausgeweitet wurde. Aus der Forderung nach menschlichen Arbeitsnormen wuchs spontan und unprovokiert die größere, nein die Gesamtforderung heraus, als der Ruf aufbrauste: Wir fordern freie, geheime Wahlen! Die Menschen, die sich zu dieser Parole bekannten, wußten, was da geschah. Nun ging es um Ganze, ging es um das Vaterland. Denn

dieser Ruf bedeutete das Bekenntnis zu Freiheit und Recht, er bedeutete das Ende von Lüge und Gewalt, er bedeutete praktisch das Ende des dortigen Regimes, das Ende des eisernen Vorhangs an der Elbe und den Neuanfang eines geeinten Vaterlandes. Dann wurden die Panzermotoren angeworfen. Und doch verstummte der Ruf nicht, es kam zum Generalstreik, und es kam die Ausbreitung der Bewegung über die ganze Zone, bis die militärische Macht zuschlug. Blut floß, Standgerichte traten zusammen, Gefängnistore schlossen sich hinter den Aufständischen. Dann endlich trat die Kirchhofsstille ein.

Unsere unausweichliche Pflicht

Doch war etwas geschehen, was weder Panzer noch Standgerichte ungeschehen machen konnten, was sie vielmehr erst zur vollen Wirklichkeit brachten. Es war ein Bekenntnis abgelegt worden, ein Bekenntnis, das mit Leben und Freiheit bezahlt wurde. Dieses Bekenntnis nun war jener Ruf an uns, der uns die vaterländische Solidarität mit den Brüdern hinter dem eisernen Vorhang nicht nur zum Recht, sondern zur Pflicht macht. Wir haben nun nicht mehr bloß das Recht, uns zum gemeinsamen Vaterland in Ost und West zu bekennen, wir haben die Pflicht dazu, von der uns niemand entbinden kann. Das Bekenntnis des 17. Juni war ein Bekenntnis zum freiheitlichen Rechtsstaat. Aber das war für diese Menschen ununterschieden und ununterscheidbar eins mit dem Bekenntnis zur Wiedervereinigung, war ein Bekenntnis zum einigen Vaterland, war — und das ist das Herzbewegende, das Ergreifende und uns persönlich Trefende — ein Bekenntnis zu uns! Wir haben nun ein Mandat, das wir nicht mehr loswerden, solange bis in Mitteldeutschland wirklich freie Wahlen stattfinden können.

Was wir im Dienst dieses Mandats tun können und müssen, ist vielerlei. Man schelte nicht allzusehr gegen Proklamationen, Reden und Erklärungen; es muß zunächst einfach gesagt werden, was wahr ist. Aber das ist freilich wenig. Was darüber hinaus politisch getan werden kann, wird von vielen, stets wechselnden Faktoren abhängen, die zum Teil einfach abgewartet werden müssen. Aber wann auch immer der Tag X kommen wird, er muß uns geistig gerüstet finden. Vielleicht ist es überhaupt so, daß das Kommen des Tages der Wiedervereinigung davon abhängt, daß wir seiner wert sind. Das aber hieße, daß wir, das deutsche Volk im Westen, uns als ganze Gemeinschaft jenes Ethos zu eigen machen müssen, welches das Mandat des 17. Juni uns abverlangt. Ich möchte die Hauptzüge jenes im neuen Sinne vaterländischen Ethos in folgendem sehen:

Einsicht in die eigene Schuld

Zum ersten, es darf nicht vergessen werden, daß die Teilung Deutschlands ja nicht als Verhängnis aus heiterem Himmel über uns kam. Jedes wahre Ethos setzt Läuterungen voraus, darin sind sich die antike und die christliche Überlieferung des Abendlandes einig. Läuterung aber beginnt mit dem „Gnothi seautón“, mit dem „Erkenne dich selbst!“, mit der Einsicht in die eigene Schuld. Es ist ein anderes, in Schuldkomplexen zu wühlen, ein anderes, sich von verschuldetem Verhängnis zu reinigen. Man spricht viel von der „unbewältigten Vergangenheit“. Ich halte den Ausdruck nicht für glücklich, denn Vergangenes

kann man nicht mehr bewältigen. Dazu hat Immanuel Kant schon das Nötige gesagt. Die Vergangenheit liegt fest und ist verhängt und verhängnisvoll in ihren Auswirkungen. Man kommt nicht einfach weg von ihr, man kann nur von ihr frei werden, und das ist etwas anderes, bedeutet das Betreten einer höheren Ebene.

Nur wer sich dem Dienst am Guten verschreibt, wird frei. Freiheit ist nicht, wie es heute oft verstanden wird, bloß „Freiheit von“, sie ist „Freiheit zu“! Freiheit zum Guten, das gibt es. Damit ist noch nicht die Rede von jener persönlichsten „Freiheit eines Christenmenschen“, der Freiheit von der Sünde und vor Gott. Es gibt auch einen Bereich, in dem das Vorläufige gilt und nicht verachtet werden darf, das ist der Bereich des sittlichen Handelns in der Gemeinschaft, in der Politik, und um diese Sittlichkeit des Politischen geht es hier. Solche Sittlichkeit, solches Ethos setzt das ehrliche Eingeständnis der eigenen Schuld voraus, nur dann verleiht es die Freiheit, das Unrecht überall Unrecht zu nennen, wo es uns begegnet. Wie der Einzelne mit seiner persönlichen Lebensschuld fertig, wie er von ihr frei wird, das führt in andere Bereiche, das muß er selbst mit seinem Schöpfer ausmachen. Als Angehörige einer vaterländischen, politischen Gemeinschaft aber haben wir offen zu bekennen, was wir politisch gefehlt haben.

Es ist in unserem Namen Furchtbares geschehen. Nur wenn wir das zugeben, können wir uns selbst und anderen glaubhaft machen, daß wir uns ernstlich ein echtes Ethos zu eigen machen, und nur von da aus haben wir die Freiheit, unser vaterländisches Mandat vollmächtig wahrzunehmen. Wir stehen zu dem, was Altbundespräsident Heuss einmal „Kollektivscham“ genannt hat. Wir werden darauf achten müssen, daß dieses Bekenntnis nicht zur leeren Floskel wird, die man bei allen möglichen und auch unmöglichen Gelegenheiten nur noch gewohnheitsmäßig und mit Augurenlächeln rezitiert. Es geht darum, daß wir im Herzen nicht müde werden, sondern dessen eingedenk bleiben, was wir an Verantwortlichkeit für Geschehenes zu tragen haben. Dann freilich dürfen wir auch dies sagen: Daß das deutsche Volk sich durch den Mund seiner berufenen Vertreter zu seiner Kollektivscham bekennt, ist keine banale Selbstverständlichkeit ohne Konsequenzen; man wird es den Deutschen in der Bundesrepublik immerhin zubilligen müssen, daß hier ein neuer Geist, ein neues Ethos entstanden ist. Und diese Erkenntnis kann und wird nicht ohne praktisch-politische Folgen bleiben.

Hüter des wahren Erbes deutscher Geschichte

Daher ist zum zweiten nun zu sagen: Von dieser Grundlage aus gewinnen wir das Recht und übernehmen wir die Pflicht, das wahre und gültige Erbe der deutschen Geschichte in Verwahrung zu nehmen. Man hört es oft genug von den Propagandaorganen in Mitteldeutschland, daß man dort, ja dort allein legitimiert sei, etwa das Erbe des Widerstands gegen das nationalsozialistische Regime zu hüten. Das ist einfach nicht wahr. Eine totalitäre Regierung kann sich jedes, aber auch jedes Lippenbekenntnis leisten, wenn es im Augenblick als politisch zweckmäßig erscheint. Das ist eben der entscheidende Unterschied: Die politischen Vertreter des deutschen Volkes in der Bundesrepublik müssen für ihre Äußerungen vor dem Volk geradestehen, östlich der Elbe muß man das nicht. Wenn sich die Bundesrepublik durch Bekennt-

nisse ihrer Vertreter in Legislative und Exekutive vom Geist der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entschlossen distanziert, so sind diese Bekenntnisse durch das Volk legitimiert. Ja sie sind sogar legitimiert durch den Volksteil hinter dem eisernen Vorhang, denn der 17. Juni war die Legitimation unserer Volksvertretung von drüben her. Und der 17. Juni entzog dem dortigen Regime, vernehmbar für alle Welt, die Legitimation, für das deutsche Volk zu sprechen, und insbesondere die Legitimation, sich als Erben des Widerstands gegen Gewaltherrschaft zu proklamieren.

Die Vollmacht für eine Volksvertretung, Bekenntnisse im Namen des Volkes zu sprechen, gibt es durch freie Wahlen und nichts anderes. An diesem so einfachen Kriterium fällt, sichtbar für jeden, der sich der Wahrheit verpflichtet weiß, die Entscheidung. Hier in der Bundesrepublik allein sind Parlament und Regierung befugt und beauftragt mit dem schweren und verantwortungsvollen Amt, das geschichtliche Erbe unseres gesamten Vaterlandes zu hüten.

Der schmale Pfad zwischen Chauvinismus und Geschichtslosigkeit

Dieses Hüteramt verlangt eine große und immerwährende Wachsamkeit. Ein Erbe bewahren ist etwas anderes als lediglich alles Gewesene konservieren. Vererbbar sind nur echte Werte, dazu gehört nicht einfach all das, was je in einem Land und Volk geleistet und gedacht wurde. Es gibt auch Erbgüter, die sich als Scheinwerte herausstellen, und von diesen muß man sich freimachen; solche Werte nur deshalb konservieren wollen, weil sie nun einmal zum Bestand des geschichtlichen Erbes einer Nation gehören, führt in den falschen und verhängnisvollen Nationalismus hinein. Das ist auch einer der Gründe, weshalb der Gedanke des Vaterländischen uns so verdächtig geworden ist: Anders als es der frühe Fichte und der späte Hölderlin gemeint hatten, verschob sich in der Zeit der Spätromantik der Begriff des Vaterländischen vom Ideellen ins Empirische, Materielle, Gegebene; die Nation, so wie sie war, mit allem was zu ihr gehörte an Gutem und an weniger Gutem, wurde zum absoluten Wert erklärt, sie wurde gerechtfertigt, ja geheiligt, nur deshalb, weil es eben die eigene Nation war. Dem aber gilt es zu widerstehen. Es muß wieder ein Kanon der echten Werte entstehen, ein Richtmaß anerkannt werden, nach dem entschieden werden kann, was gehütet werden muß und was zu verwerfen ist.

Freilich, echte Werte entstehen nicht im geschichtslosen Raum wie in einer Retorte, sie werden vielmehr immer in der geschichtlichen Situation erkannt, bekannt und bewahrt. Es steckt ein gefährlicher Hochmut in jener allzu optimistischen Einstellung, die alles Gewesene abtut: „Die Welt, sie war nicht, eh' ich sie erschuf“. Als könnte „Ich“ eine Welt erschaffen. Es ist ein unmenschlicher Wahn, sich so zu verhalten, als stünden alle echten Werte des Menschseins uns nach Belieben zur Verfügung. Daraus entstehen jene Ideologien, die das Paradies auf Erden schaffen wollen: Auch wenn es Blut und Tränen von Millionen kostet, ich kenne ja — nach dieser Meinung — den großen Weltenplan, und der ist es wert, alles Hergebrachte rücksichtslos zu zertreten, wir schaffen ja heute die herrliche neue Welt! Nein, solche Unmenschlichkeit ist uns verboten: Wir müssen den schmalen Pfad zwischen den beiden verhängnisvollen Extremen gehen, zwischen

chauvinistischer Verherrlichung alles Eigenen und Hergebrachten auf der einen, und optimistischer Geschichtslosigkeit, naivem Wahn des Alles-machen-Könnens auf der anderen Seite.

Gehorsames Erfüllen des geschichtlichen Auftrags

Wir können die wahren Menschheitswerte nur erkennen, wo sie uns in unserem eigensten Erleben gegenwärtig werden, wo sie für uns in einer geschichtlichen Situation als die großen und gültigen Leitmarken aufzuleuchten beginnen. Eine geschichtliche Situation aber führt man nicht beliebig herbei, sie kommt auf uns zu. Und sie wird nur dann zur echten Begegnung, die uns unser Menschsein verwirklichen hilft, wenn sie uns als Menschen antrifft, die wissen, daß sie Menschen sind, und sich nicht für Weltenschöpfer halten. Nur wenn wir Menschen uns in unser Eigenes finden und fügen, können wir wirklich Menschen sein und bleiben. Zu diesem Eigenen gehört auch unser Vaterland mit seiner Geschichte, in der es Größe, Schuld und Leid gibt. Das Sich-Finden und Sich-Fügen ist kein apathisches Resignieren in verhängtes blindes Geschick, sondern ein gehorsames Erfüllen eines Auftrags, und dieser geschichtliche Auftrag heißt für uns vor allem: das rechte Ethos des Vaterlandes zu finden und zu hüten, unechte Werte auszuschneiden und gültige zu bewahren. So verstehe ich die Mahnung des späten Hölderlin, der seine großen Menschheitshymnen „Vaterländische Gesänge“ genannt hat. Das menschlich Gültige im eigenen Geschick erleben und verwirklichen, darum geht es.

Zu den Werten, die uns in eigenster, schmerzlicher Erfahrung zu gültigen Leitbildern geworden sind, gehören als vornehmste die großen Ideen von Freiheit, Recht und Wahrheit — Ideen, die unaufhörlich neu verwirklicht werden wollen. Es sind dies Ideen, die ewig gültig sind, Gott hat sie in die Schöpfung hineingelegt, und das Menschenherz ist auf sie angelegt. Aber diese Ideen sind auch immer wieder verdeckt, und erst die so rätselhafte Geschichte mit ihren überraschenden Situationen, die uns stets neu das Wagnis der rechten Entscheidung auferlegen, läßt die gültigen Wahrheiten in großen Begegnungen aufleuchten und zum Erlebnis werden.

Das letzte große Geschehnis in unserer Zeit, das allen Deutschen diese gültigen Wahrheiten zum Erlebnis machte, war der 17. Juni 1953. Er muß gesehen werden im Zusammenhang mit unserer heutigen Situation: Das Mandat, das uns damals gegeben wurde, Sachwalter des ganzen Vaterlandes und seines guten Erbes zu sein, es ist uns in diesen Monaten durch die große Unruhe in unseren Herzen wieder zum tiefen Erlebnis geworden. Es soll uns nicht mutlos finden, denn in der Angst würden wir den Sinn der Mahnung verfehlen. Es soll uns vielmehr dazu führen, den Auftrag zu vernehmen, den das vaterländische Ethos uns in dieser Situation erteilen will. Das Mandat des 17. Juni soll uns bereit finden, im Hinblick auf die aufleuchtenden Leitmarken der Freiheit, des Rechts und der Wahrheit die rechten Sachwalter eines guten Geisteserbes zu sein.

Das Doppelgestirn Freiheit und Recht

Zum dritten und abschließend ist vom Inhalt dieses Ethos zu sprechen, das uns die Stunde auferlegt, von diesen vornehmsten Leitmarken der Humanität: Der 17. Juni war ein Bekenntnis zur Freiheit. Die Idee der Freiheit

legt es uns auf, zum rechten Ungehorsam bereit zu sein. Zum rechten Ungehorsam! Es gibt bei uns das Schlagwort Nonkonformismus. Dahinter steht wohl ein echtes und legitimes Anliegen. Aber man sollte zwei Merkmale dieser Zeiterscheinung nicht übersehen: Es ist ja so, daß in einem Land mit einem frei gewählten Parlament der radikale Nonkonformismus nichts kostet — man vergegenwärtige sich nur einmal die Lage in totalitären Staaten! —; und es ist auch so, daß die Äußerungen eines solchen extremen Nonkonformismus wieder eine fatale Konformität aufweisen, wodurch sie sich selbst in Frage stellen.

Es scheint so zu sein, daß der Freiheitsbegriff nicht selten mißverstanden wird. Die Idee der Freiheit fordert von uns nämlich nicht Protest gegen jede denkbare Ordnung, sondern gegen die verheerende Ordnung des Kirchhofsriedens! Das bedeutet, daß man sich zunächst einmal bereitfinden muß, eine rechte Gemeinschaftsordnung, die dem Leben dient, zu achten und zu fördern, nämlich die Idee des Rechts! Die Idee des Rechts fordert von uns in Politik und Wirtschaft und in allen anderen öffentlichen Bereichen eine echte Solidarität, eine wirkliche Gemeinschaftsethik. Das Homo homini lupus, der Krieg aller gegen alle, ist das Chaos. Man kann nur dann zum rechten Ungehorsam bereit sein, wenn man den rechten Gehorsam bejaht. Das hat nichts mit Untertanengeist zu tun. Die Idee der Freiheit ist von der Idee des Rechts nicht zu trennen, und das Recht fordert von mir, daß ich bereit bin, meine Privatbestrebungen zurückzustellen zugunsten des Anspruchs meines Mitmenschen. Ich vermag nur einen solchen Nonkonformismus gutzuheißen, der überzeugend erkennbar werden läßt, daß er die Freiheit nicht gegen das Recht ausspielt, sondern beiden Ideen gleich verpflichtet ist. Der Aufstand des Gewissens vom 20. Juli 1944 und der Aufstand der Unterdrückten vom 17. Juni 1953, sie folgten beide der Leitmarke des Doppelgestirns Recht und Freiheit, das niemals zu trennen ist. Ein Nonkonformismus, der nur auf das Ausleben des individualistischen Freiheitsstrebens ausginge, würde sehr schnell erliegen, wenn eine Gewaltherrschaft mit allen Mitteln des Unrechts gegen ihn vorginge. Freiheit ist die Freiheit, dem Recht zu gehorchen; und Recht ist immer auch das Recht des Einzelnen auf seine Freiheit innerhalb einer lebendigen Gemeinschaft.

Obrigkeit und Widerstand

Diese ganze Problematik mündet in die Frage von Obrigkeit und Widerstand, um welche es in den vergangenen Monaten starke Diskussionen gegeben hat. Wie auch immer im einzelnen dazu Stellung genommen wird, es besteht doch weithin Einmütigkeit darüber, daß eine legitime Staatsgewalt die Idee von Recht und Freiheit als höhere Obrigkeit über sich anerkennen muß. Gegen eine solche legitime Staatsgewalt in Legislative und Exekutive gibt es keinen legitimen nonkonformistischen Widerstand. Wer sich einem echten und wahren Nonkonformismus verschreibt, der macht sich bereit, dann Nonkonformist zu werden, wenn Freiheit und Recht durch eine gewalttätige Gleichmacherei, durch einen tödlichen Konformismus des Unrechts unterdrückt werden.

Die Menschen vom 17. Juni haben sich für diesen Nonkonformismus entschieden. Sie traten erst an für ihr eigenes Recht, das durch die Normenerhöhung in brutaler

Weise unterdrückt worden war. Dann aber fiel der Entschluß zur Ausweitung der Forderungen: und nun ging es um das Recht für alle und die Freiheit für alle. Das war der Augenblick, in dem endlich die wahre Meinung der unterdrückten Menschen sich offenbarte, das war ein Aufleuchten der Wahrheit aus dem Nebel der erzwungenen allgemeinen Lüge. So dürfen wir sagen, daß hier für einen Moment die Idee der Wahrheit zum Sieg gekommen ist.

Die Wahrheit als entscheidendes Maß

Freiheit und Recht, so war vorhin zu sagen, gleichen einem Doppelgestirn, keines zieht seine Bahn für sich allein. Sie bedingen einander, und sie schränken sich auch gegenseitig ein. Woran ist das rechte Maß solcher gegenseitigen Beeinflussung zu erkennen? Ich meine: am Lichte der Wahrheit. Das Doppelgestirn ist, um im Bilde zu bleiben, ein Planetenpaar, das erst durch die zentrale Sonne der Wahrheit zum Leuchten gebracht wird. Die Wahrheit leuchtet manchmal mehr, manchmal weniger ein, aber sie leuchtet. Ihr Licht kann niemals ganz abgeschirmt werden. Es rückt auch das oft schwer zu bestimmende Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen Freiheit und Recht ins Helle. Wo ein extremer Nonkonformismus das Recht des Mitmenschen gering achtet und nur sich und seine absolute Freiheit will, da wird sein Reden dunkel und darum unwahr, es leuchtet nicht mehr ein; da gibt es nur noch kleine Konventikel von Eingeweihten, denen die Allgemeinheit herzlich gleichgültig ist, weil sie das politische Miteinandersein nur noch als Mittel zum Zweck ihrer egozentrischen Existenz ansehen.

Das ist das eine. Das andere ist dies: Wo eine öde Termitenordnung sich ausbreitet, da wird die Freiheit des Einzelnen gering geachtet; da sucht man den Wahrheitsinn mit äußerer und innerer Gewalt, mit Zwang und Phrase niederzuhalten; da macht man aus den Ideen der Freiheit, des Rechts und der Wahrheit eine Ideologie. Die Ideologie macht aus echten Ideen, die man immer auf kurze Formeln bringen kann, ein scheinbar wissenschaftliches Lehrsystem. An Ideen kann man glauben oder auch nicht; an wissenschaftlich belegten Erkenntnissen jedoch gibt es keinen Zweifel. Wer an wissenschaftlich exakt belegten Wahrheiten zweifelt, der stempelt sich selbst zu einem Irren oder zu einem Dunkelmann, der das Interesse verfolgt, die Wahrheit niederzuhalten: Vor solchen Menschen muß man die Allgemeinheit schützen.

Wenn nun ein Gewaltregime die Wissenschaft vor seinen Karren spannt und aus Ideen eine scheinbar wissenschaftlich belegbare Ideologie macht, so versucht es durch diesen Roßtäuschertrick, im Volk jenes gute Gewissen zu erzeugen, das alle Gewaltmaßnahmen deckt: Wer der angeblich wissenschaftlich belegten Ideologie widerspricht, gehört hinter Schloß und Riegel, denn er ist ein Dunkelmann. Doch die Wahrheit wehrt sich, sie läßt sich auf die Dauer nicht so mißbrauchen. Die Wissenschaft benötigt zwar eine Fachsprache, die nicht immer allgemein verständlich ist; wo aber etwa eine Geisteswissenschaft auf die Dauer nur noch Parteichinesisch zu sprechen vermag, wo das „Zwiedenken“ zum System wird, da verliert sie ihre Glaubwürdigkeit und gerät in den Verdacht, sich zum Handlanger anderer Interessen gemacht zu haben. Und da muß denn die fragwürdige Ideologie mit äußerer Gewalt geschützt werden. Es gibt daher ein sicheres Mittel zur Erkenntnis eines Unrechts-

regimes: Wo der Mensch sich, um überhaupt existieren zu können, unablässig verstellen muß, wo er ständig zur Heuchelei genötigt ist, da herrscht nicht die Wahrheit und also nicht die Freiheit und das Recht. Die Wahrheit aber läßt sich, trotz „1984“ sei es gesagt, auf die Dauer nicht unterdrücken. Wie ein Sturmwind hat der 17. Juni für einen Augenblick allen Propagandanebel weggegefegt und gezeigt, wie die Menschen in Wahrheit dachten.

Mut zum Glauben!

Aus Freiheit, Recht und Wahrheit kann man keine Ideologie machen, es sind höhere Ideen und zugleich mächtige Wirklichkeiten. An Ideen muß man glauben und muß daher darauf verzichten, sie in vordergründigem Sinne wissenschaftlich belegen zu wollen. Glauben heißt nicht vermuten; Glaube ist das Wagnis, das zur Grundlage seines Lebens zu machen, woran man glaubt. Glaube fordert Mut. Die Ideologie fordert keinen Mut, sie gibt sich ja als erwiesene Wahrheit. Die höhere Wahrheit aber verlangt von uns den Glauben an sie. Sie wohnt hoch über dem wissenschaftlich Nachweisbaren, und in diese Höhe will sie den Menschen im Glauben ziehen. Wo aber der Glaube versagt, da kommt sie als die große Störerin in die Tiefe hernieder und weckt und rüttelt auf und enttarnt immer wieder die Macht der Lüge.

Wir sind gefordert zum Mut des Glaubens an Wahrheit, Recht und Freiheit. Die Stunde fordert Mut von uns. Nicht Mut an sich, sondern Mut zum Glauben. Wir dürfen nicht meinen, die Wahrheit werde den Geist der Lüge von sich aus in dieser Zeit ein für allemal erledigen; das wäre, um mit Schiller zu sprechen, ein Wort des Wahns: „Das Rechte, das Gute führt ewig Streit, nie wird der Feind ihm erliegen...“ Dann wäre ja auch kein Mut notwendig, wenn man vermuten dürfte, die goldene Zeit werde bald kommen. Im Dunkel der Geschichte ist kein Lichtschimmer eines goldenen Zeitalters zu bemerken. Aber in der Höhe leuchten die Leitmarken, die Ideen von Freiheit, Recht und Wahrheit. Sie wollen ge-

glaubt sein. Sie werden uns kein goldenes Zeitalter verschaffen. Aber sie werden uns helfen, unser ganz praktisches politisches Ziel recht zu verfolgen: die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes in Freiheit.

Ja, dieses praktisch politische Ziel hängt zutiefst mit dem Ethos zusammen, zu dem wir berufen sind. Wenn wir an die großen Werte Freiheit, Recht und Wahrheit glauben, so sind wir eben durch diesen Glauben an die Menschen in dem anderen Teil unseres Vaterlandes gebunden, die uns durch den 17. Juni 1953 unüberhörbar das Mandat gegeben haben, für sie da zu sein. Für uns Deutsche ist angesichts der Lage unseres Vaterlandes der Glaube an die großen Werte unseres Ethos identisch mit dem Gehorsam gegenüber dem Mandat vom 17. Juni. Der Glaube an diese Werte ist gewiß nicht zu verwechseln mit jener letzten heilbringenden Bindung des Menschen an Gott, von der das Evangelium spricht. Der Glaube an die großen Ideen von Freiheit, Recht und Wahrheit ist demgegenüber immer noch vordergründig und vorläufig. Aber er gehört zum Menschsein, er ist es, der die wahre Humanität behütet und vor dem Versinken in die Unmenschlichkeit bewahrt. Er fordert von uns den Mut, für die wahren Werte des Menschlichen leben zu wollen. Ich meine Beethoven, den Genius aus dieser Stadt, recht zu verstehen, wenn ich das Wort „Eroica“, das er über seine dritte Symphonie geschrieben hat, auf diesen Mut beziehe.

Glaube ist nur Glaube, wenn er um seiner selbst willen gelebt und nicht als Mittel zu einem Zweck gebraucht wird. Es kommt daher alles auf diese Unterscheidung an: Wir glauben nicht an Freiheit, Recht und Wahrheit in der stillen Annahme, daß dadurch der Tag X, die Stunde der Wiedervereinigung in Freiheit auf geheime Weise herbeigezwungen werde. Wir glauben an Freiheit, Recht und Wahrheit, weil wir das Leuchten dieser gültigen Werte erkannt haben. Und erst dann, dann aber auch wirklich, von eben diesem Glauben her, dürfen wir auch das andere sagen: Die Stunde der Wiedervereinigung in Freiheit wird kommen. Dessen sind wir gewiß.

STAAT — GESELLSCHAFT — VATERLAND

von Ministerpräsident Dr. Franz Meyers, Düsseldorf

Als im Jahre 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Kraft trat, waren sich wohl alle politisch denkenden Menschen in Deutschland darüber klar, daß damit eine Entwicklung neuer Staatlichkeit in Deutschland eingeleitet war. Es galt nicht nur, auf dem Boden dieser Verfassung im Gebiete der Bundesrepublik die äußere staatliche Ordnung wiederaufzubauen, sondern es galt zugleich auch, das Entstehen eines neuen Staatsgefühls zu fördern und die Bürger der Bundesrepublik in der Treue zu diesem Grundgesetz und in der Gemeinsamkeit eines neuen Staatsgefühls zusammenzuführen.

Wenn wir uns heute, rund elf Jahre danach, nüchtern fragen, ob diese beiden Ziele erreicht worden sind, so wird man gerechterweise die Antwort teilen müssen:

Die Verfassungsordnung des Grundgesetzes — der freie, demokratische und soziale Rechtsstaat — ist fraglos in der Bundesrepublik erfolgreich aufgebaut worden; das öffentliche Leben bewegt sich in den vom Grundgesetz vorgeschriebenen Bahnen. Die verfassungsmäßig dazu berufenen Organe in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung entwickeln diesen Staatstyp ständig weiter, bauen ihn aus und kontrollieren diesen „Ausbau“ auf seine Übereinstimmung mit jenen Grundnormen unserer Verfassungsordnung, die für unser gesamtes öffentliches Leben verbindlich sind.

So weit — so gut!

Weniger erfreulich wird das Bild allerdings, wenn wir eine Antwort auf die Frage suchen, ob sich, gestützt und gefördert von unserer Verfassungsordnung, in den Bürgern der Bundesrepublik ein neues Staatsgefühl entwickelt hat. So wenig bezweifelt werden kann, daß das Grundgesetz in unserem öffentlichen Leben Wurzeln geschlagen hat, so problematisch steht es um dieses Staatsgefühl, dem ich einige Gedanken widmen möchte.

Im Brennpunkt sowjetischer Propaganda

Ich halte solche Erwägungen gerade in dieser Zeit für unerlässlich. Was noch vor zwei bis drei Jahren nur von den wenigsten für möglich gehalten wurde, ist in der Zwischenzeit Wirklichkeit geworden: Die Sowjetunion hat es verstanden, das verrammelte Tor zur westlichen Welt zu öffnen. Und sie dringt mit einer gewaltigen Propagandaoffensive, mit einer Lawine von Staats- und Freundschaftsbesuchen und einem Feuerwerk von Vorschlägen zur Entspannung und Befriedigung der internationalen Lage in diese westliche Welt vor. Das besondere Angriffsziel der sowjetischen politischen Kampagne sind unzweideutig die Bundesrepublik und die leitenden Männer unserer Union. Mit allen Mitteln wird versucht, die Bundesrepublik als den entscheidenden Störenfried einer umfassenden Entspannung der Ost-West-Beziehungen hinzustellen, die schlimmen Schatten der nationalsozialistischen Zeit erneut zu beschwören und davor zu warnen, die Bundesrepublik als Partner eines politischen und militärischen Bündnisses innerhalb der freien Welt zu akzeptieren. Und es ist nicht zu leugnen, daß diese Propaganda doch hier und da in der westlichen Welt nicht ohne Eindruck geblieben ist.

Angesichts dessen erhält die Frage, inwieweit innerhalb der Bundesrepublik ein demokratisches Staatsgefühl auf

dem Boden des Grundgesetzes entstanden ist, schicksalhafte Bedeutung; denn es kann keinen Zweifel daran geben, daß wir diese für uns so ernste internationale Situation als Volk und Staat nur dann bestehen können, wenn wir uns politisch als eine nationale Einheit freier Menschen fühlen und gewillt sind, das vor der gesamten Weltöffentlichkeit in gebührender Form zum Ausdruck zu bringen.

Die Antwort auf unsere Frage ist nicht leicht. Ich muß mich hier auf einige wenige Gesichtspunkte beschränken:

Ursachen des mangelnden Staatsgefühls

Zu der Tragik der deutschen Nationalgeschichte der letzten hundert Jahre gehört, daß sie mit einem Verschleiß an nationalen Gefühlen, an nationalen Werten, ja an jeglichem staatlichen Zusammengehörigkeitsgefühl endete, wie ihn kein anderes Volk in Europa je erlebt hat. Selbst Italien, das sich im Jahre 1945 in einer etwa vergleichbaren Situation befand, sah sich nicht einem solchen Trümmerhaufen politischer Ideale und staatlicher Ordnungsvorstellungen gegenüber wie Deutschland. Es erscheint mir wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß die ersten Nachkriegsjahre in Deutschland von einer nahezu völligen Verneinung staatlicher Autorität und von einer Atomisierung jedes Staatsgefühls bestimmt waren.

Fast noch wichtiger aber als dies ist, so meine ich, die Tatsache, daß sich die Verfassungsordnung des Grundgesetzes ihrer ganzen Struktur und Idee nach sehr viel weniger an das Gefühl als an den Verstand des Einzelnen wendet. Gewiß: das Grundgesetz spricht von Freiheit und Würde, verbindet jedoch diese gefühlsbetonten Begriffe fast ausschließlich mit dem Menschen, jedenfalls sehr viel weniger mit dem Staat. Die starke Ausprägung dieses Staates als Rechtsstaat schafft zudem ein natürliches Spannungsverhältnis zwischen Mensch und Staat; und auch das so weit ausgebaute Grundrechtssystem und die strenge Bindung der Staatsgewalt an Gesetz und Recht zum Schutz der Freiheit des Einzelnen mußten dazu beitragen, daß die Mehrheit unserer Bürger den Staat als ein notwendiges Übel ansieht, als eine Einrichtung, der man sich zwar in gewissem Umfange bedienen muß, von der man sich jedoch nach Möglichkeit fernhalten sollte.

Nimmt man dann hinzu, daß sich das Verhältnis des Bürgers zum Staat aus den Ressentiments eines halben Jahrzehnts intensiver Staatsverneinung als Folge einer vorausgegangenen Staatsvergötzung zu entwickeln hatte, so kann es eigentlich kaum wundernehmen, wenn dieses Verhältnis im allgemeinen bisher nicht jene Wärme erhalten hat, die für das Wachsen eines lebendigen Staats- und Nationalgefühls nun einmal erforderlich ist.

Der Marsch ins „Wirtschaftswunder“

Die Entwicklung hätte aber — zumindest auf lange Sicht — doch zu einem guten Ziele, von der Anerkennung der Notwendigkeit des Staates bis hin zum Bewußtsein der Mitträgerschaft und zum demokratischen Staatsgefühl führen können, wenn nicht das wirtschaftliche Denken in den vergangenen zehn Jahren das politische Denken in der Bundesrepublik so stark beeinflußt, ja oft überlagert hätte. Der Marsch ins „Wirtschaftswunder“ war für den

Einzelnen natürlich psychologisch anziehender als der Gedanke an die Neubildung eines demokratischen Staatsgefühls. Und was sich in den übrigen Demokratien seit dem Ende der zwanziger Jahre im Verhältnis von Staat und wirtschaftlichen Gruppen und Verbänden langsam hatte entwickeln können, das wurde bei uns in einem fast atemberaubenden Tempo nachgeholt: Schon nach verhältnismäßig kurzer Anlaufzeit der Wirtschaft setzte ein immer härterer Angriff der Verbände auf den Staat ein, dessen Ziel uns Eschenburg in seiner Schrift von der „Herrschaft der Verbände“ an Hand einer Fülle einprägsamer Beispiele deutlich gemacht hat. Dem wirtschaftlichen Druck aber folgte der soziale Anspruch auf dem Fuße; das Verfassungsprinzip des Sozialstaates erwies sich im Anfang als zu wenig definiert, als daß nicht ein üppiges Wohlfahrts- und Versorgungsstaatsdenken sich dieses Prinzips bemächtigt hätte.

Bittere Erkenntnis

In dieser dreifachen Umklammerung von Staatsmüdigkeit, ja Staatsverdrossenheit, Gruppenegoismus und wohlfahrtsstaatlichen Betreibungen konnte das Staatsgefühl der Deutschen nur ein kümmerliches Mauerblümchendasein führen; denn der Staat als notwendiges Übel, als Vollzugsorgan von Gruppenwünschen und als Verteilungsapparat für das Sozialprodukt bietet nicht gerade ein Bild, das der Entstehung und Festigung demokratischen Staats- und Nationalgefühls besonders förderlich ist.

Wenn wir uns daher frei von Wunschenken fragen, ob das Staatsgefühl unter den Bürgern der Bundesrepublik heute so stark ist, daß wir es als moralisches, staatspolitisches Gewicht in die Waagschale einer großen Auseinandersetzung um das politische Schicksal Deutschlands werfen können, so werden wir sicherlich alle zögern, diese Frage mit einem eindeutigen Ja zu beantworten. Niemand von uns vermag mit Sicherheit zu sagen, ob in der Stunde großer nationaler Not die Deutschen im freien Teil Deutschlands die Kraft aufbringen, sich zu echter staatspolitischer Gemeinsamkeit zusammenzufinden. Das ist eine bittere Erkenntnis; aber es hat keinen Zweck, sich mit wohlmeinendem Wenn und Aber an ihr vorbeizumogeln.

Staatsbürgerliche Bildung allein genügt nicht!

Je mehr sich diese Erkenntnis Bahn bricht, um so intensiver wird nach Möglichkeiten und Methoden gesucht, das innere Verhältnis des Bürgers unserer Bundesrepublik zum Staat zu verbessern und zu festigen. Dabei nimmt die Diskussion um eine Verstärkung der staatsbürgerlichen Bildung begreiflicherweise einen besonderen Raum ein; und ich bin gern bereit, darin eine — allerdings auch nur eine — Möglichkeit zu sehen. Der Wert der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit soll dabei ebensowenig verkannt werden wie ihre sichtbaren Erfolge. Dennoch meine ich, daß die Vermittlung staatsbürgerlichen Wissens, also der Kenntnis vom Wesen des demokratischen Rechtsstaates und den Methoden und Organen seiner Verwirklichung nicht genügt, weil sie nicht ohne weiteres über das reine Verständnis hinaus auch innere Anteilnahme erweckt.

Selbst dann, wenn man die staatsbürgerliche Bildung in ihrem umfassendsten Sinne sieht, d. h. im Zusammen-

wirken historischer, soziologischer, wirtschaftlicher, sozialer und politischer Betrachtung, besteht die Gefahr, daß der Einzelne eine solcherart erweiterte und vervollkommnete staatsbürgerliche Bildung nur als reine Wissensvermittlung begreift, zu der er keine aus dem Gefühl kommende Beziehung hat. Zu dieser Wissensvermittlung muß der persönliche Appell zum politischen Mithandeln im Staate treten; das Verständnis für die Funktion unseres Staates muß in der Erkenntnis münden, daß ohne aktive politische Mitarbeit der demokratische Rechtsstaat nicht gedeihen kann.

Ein neues Verhältnis zur Geschichte

Von gleicher Wichtigkeit aber ist ein neues Verhältnis des Deutschen zur Geschichte. Dieses Verhältnis ist mittlerweile so gespannt und verzerrt, daß es fast schon einer tiefenpsychologischen Untersuchung bedarf, um die Quellen dieser Fehlhaltung offenzulegen. Was nach 1945 von gutwilligen oder fanatischen „Vereinfachern“ mit der deutschen Geschichte angestellt worden ist, kann nur aus der Situation der ersten Nachkriegsjahre begriffen werden. Vor allem aber: die Epochen der deutschen Geschichte, die man damals in Bausch und Bogen kurzerhand beseitigen wollte, sind gar nicht beseitigt worden und lassen sich auch gar nicht beseitigen.

Die Geschichte eines Volkes — im guten wie im bösen — ist eine Einheit; man kann sie nicht bewältigen, indem man nachträglich bestimmte Epochen und Entwicklungen einfach ausklammert, denn im Unterbewußtsein des Einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft leben diese Epochen weiter. Es hilft alles nichts: wir müssen uns ihnen stellen, sie leidenschaftslos analysieren und daraus die Folgerungen für den Weg unseres Volkes in Gegenwart und Zukunft ziehen.

Das wesentlichste Kapitel in diesem Komplex der Bewältigung unserer Nationalgeschichte ist die Epoche des deutschen Nationalstaates. Sie enthält fraglos auch am meisten Problematisches. Dennoch wollen und dürfen wir nicht verkennen, daß der Zusammenschluß der Deutschen zu einem Staat nicht nur eine natürliche Folge der geschichtlichen Gesamtentwicklung in Europa, sondern zugleich ein politisches Ereignis von größter Tragweite gewesen ist. Niemand kann den Deutschen seit nahezu hundert Jahren mehr bestreiten, daß sie zu einem Volk, zu einem Staat gehören. Für uns Deutsche ist die Rückbesinnung auf diese gemeinsame Staatlichkeit eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Erfüllung unserer größten politischen Gegenwartsaufgabe: der Rückgewinnung der staatlichen Einheit unseres Volkes. Hier liegt die historische Wurzel für den Anspruch unseres Volkes auf Selbstbestimmung. Wir verlangen sie für uns, wie man sie jedem Negerstamm in Afrika gewährt.

Kein Widerspruch zur europäischen Integration

Aber zurück zu unserem Staatsgefühl! Die Weckung eines solchen gesunden Staatsgefühls ist wohl zu unterscheiden und abzugrenzen von jeder Art eines überhitzten Nationalismus. Ein solches Staatsgefühl besagt ja nicht mehr als eine über die landsmannschaftliche oder nur im Gefühl begründete Verbundenheit hinausreichende politische Bindung zum eigenen Volk und der von ihm frei gewählten Form seiner Staatlichkeit.

Gerade deshalb möchte ich auch meinen, daß eine solche Haltung keinen Widerspruch zu den europäischen Integrationsbemühungen darstellt, denen wir uns alle aus grundsätzlichen Erwägungen zutiefst verbunden fühlen. Man mag darüber streiten, ob das geeinte Europa der Zukunft ein „Europa der Vaterländer“ sein wird oder nicht, man mag über die Grenzen einer Integrationsmöglichkeit der europäischen Völker debattieren: unbestreitbar ist, daß ein politisch geeintes Europa verschiedene Sprachen, Kulturen und Lebensweisen, die in Jahrhunderten geprägt worden sind, miteinander zu einer höheren Einheit wird verschmelzen müssen. Europa ist kein weißer Fleck auf der Erdkarte, auf dem eine politische Vereinigung ohne Beziehung auf die Vergangenheit möglich wäre; diese Vergangenheit aber ist nun einmal nach der geschichtlichen Entwicklung eine nationalstaatliche, und wir würden bei der Grundlegung Europas dieselben gefährlichen Verdrängungen aus dem politischen Bewußtsein seiner Glieder hervorrufen, wie wir sie jetzt in unserem Volke hinsichtlich seiner eigenen Geschichte zu beklagen haben, wenn nicht jedes Volk all das bewußt in diese europäische Integration einbrächte, was es aus sich selbst im Laufe der Jahrhunderte entwickelt und geprägt hat.

Das Gebot der Stunde ist daher, den Deutschen mit seiner Geschichte, mit seinem Staat, mit seinem Vaterland politisch neu zu verbinden. Das ist eine Aufgabe, in der wir erst am Anfang stehen, bei der es in Zukunft sicherlich Mißverständnisse, ja Verdächtigungen und Fehler geben wird. Dennoch dürfen wir uns ihr nicht versagen; wir würden sonst nicht nur eine wichtige Position im Kampf um unser staatliches Schicksal preisgeben, sondern zugleich unser Volk an einer besonders empfindlichen Stelle seines politischen Bewußtseins ungeschützt lassen. Das aber würde die politische Auflösung unseres Staates in Gruppen und Interessenverbände bedeuten und damit unsere freiheitlich-demokratische Staatsordnung von innen heraus gefährden. Die Erweckung wahrer staatsbürgerlicher Gesinnung und echten Staatsgefühls ist ein entscheidender Beitrag für die Festigung unseres Staates. Unser aller vornehmste Pflicht aber ist, diesen freien, sozialen, demokratischen Rechtsstaat zu erhalten und alles zu tun, um ihn zu sichern und zum Staat aller Deutschen zu machen.

Aus der Ansprache in der Schlußkundgebung der 8. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am 2. April 1960 in Mannheim.

VATERLAND IN DER POLITISCHEN VERANTWORTUNG EINES EVANGELISCHEN CHRISTEN

von Kultusminister Edo Osterloh, Kiel

„Was ich bin und was ich habe, dank ich Dir, mein Vaterland.“ Diese Aussage kann ein evangelischer Christ heute in Deutschland ganz ohne hohles Pathos und ohne jeden künstlich aufgeputzten Patriotismus machen. Das Bekenntnis zum Vaterland ist in unserer Stunde ein Ausdruck christlicher Dankbarkeit und mannhafter Demut.

Wir brauchen nicht zu vergessen und zu verleugnen, was alles wir in den Jahren nach dem Zusammenbruch 1945 an Hilfe aus dem Auslande empfangen haben, um unsere nackte Existenz fristen zu können, wenn wir unserem deutschen Vaterlande die Treue halten wollen. Wir haben uns als Deutsche in Schuld verstrickt und sind als Deutsche an den Rand des Abgrundes geraten. Aber die Christenmenschen und Philanthropen aus anderen Völkern und Staaten haben uns auch als den Deutschen ihre Hände gereicht, um uns aufzurichten, Vertrauen zu gewähren und Deutschland wieder in den Kreis der freien und selbstverantwortlichen Nationen hineinzuziehen.

Deutsche in deutschem Land

Die Vorläufigkeit unseres Staatswesens in der Bundesrepublik, die Unfreiheit in der sowjetisch besetzten Zone, die Ungewißheit über die Grenze im Osten und die düsteren Schatten der Vergangenheit und Zukunft können

unsere Vaterlandsliebe nicht ausrotten. Wer vor dem äußeren und dem inneren Terror des kommunistischen Regimes weichen oder fliehen muß, der kommt zu uns in der Zuversicht, daß wir ihm in unserem gemeinsamen Vaterland den Raum für eine menschenwürdige Existenz freigehalten haben oder neu beschaffen. Und all die vielen, welche jenseits des eisernen Vorhangs durchhalten, die Zähne zusammenbeißen, alle Entbehrungen auf sich nehmen und die innere Emigration der äußeren vorziehen: sie wollen sich mit ihrem persönlichen Einsatz als Deutsche in deutschem Land behaupten und damit unserem Vaterlande dienen.

Aufgaben in Europa und in der Welt

Das Ausland, jedenfalls unsere Freunde im freien Westen, unsere Bündnispartner rechnen mit uns als den ihnen bekannten Deutschen und verlassen sich darauf, daß wir Deutsche bleiben. Wir sind ihnen genau so viel wert, als uns unser Vaterland wert ist.

Das gilt besonders im Zeichen der europäischen Einigung und des uneingeschränkten internationalen Charakters nicht nur der Außenpolitik, sondern aller modernen Politik überhaupt. Innerhalb des europäischen Mosaiks muß Deutschland seine spezifische Leuchtkraft und

seine das Ganze mitformende Gestalt zur Geltung bringen. Und in die internationale Politik bringen wir mit unseren industriellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten — ohne die Position einer Weltmacht innezuhaben oder auch nur anzustreben — eine besondere Chance des Kontaktes und der Hilfe für die entwicklungsfähigen Völker und Länder hinein. Es ist in der Gegenwart eine der wichtigsten vaterländischen Aufgaben des Deutschen, in den zukunftssträchtigen Teilen der Erde Vertrauen zur freiheitlichen Ordnung und zur Aufrichtigkeit der Achtung vor der Menschenwürde in der westlichen Welt zu wecken und zu stärken.

Die jungen erwachenden Völker werden uns jedoch nur so lange als glaubwürdige Helfer bei ihrer eigenen Entwicklung ansehen, als sie zu erkennen vermögen, daß wir in unserem ureigensten Bereich in überzeugender Weise echtes Menschentum, gesundes Volksleben und ein würdevolles achtungsgebietendes Staatswesen darzustellen vermögen.

Das reine Erbe

Wir können unseren Aufgaben in Europa und in der Welt nicht gerecht werden, wenn wir unser eigenes Vaterland nicht in Ehren halten.

Dazu gehört durchaus das Eingeständnis deutschen Unrechtes und deutscher Untat in der Geschichte — nur niedrige Gesinnung verleugnet die Wahrheit —. Solcher Freimut beschmutzt nicht das eigene Nest, sondern reinigt es. Unser Vaterland hat unsere Liebe nicht dadurch verloren, daß sein Antlitz durch eigene und fremde Schuld verunstaltet worden ist. Wir, seine Söhne und seine Töchter, tragen mit an seiner Scham und seinem Schmerz.

Wir sehen aber auch die unzerstörten edlen Züge seines Erbes und seines uns verpflichtenden wahren Wesens. Die schwarzen Schatten teuflischer Gespenster wie Hitler, Himmler und Göbbels werden wieder vertrieben von den guten Geistern und großen Gestalten der deutschen Geschichte.

Wir haben keinen Anlaß, mit dem deutschen Wesen gegenüber fremden Völkern und Staaten zu prahlen oder auf deren Geschichte überheblich herabzuschauen, aber wir würden die Welt und uns durch Treulosigkeit betrügen und uns selber gänzlich überflüssig machen, wenn wir je verleugnen würden, was die Reformation, was deutsche Dichter, Musiker und Philosophen für unser Vaterland bedeuten. Und wenn wir die Geschichte des Reichsgedankens, seiner politischen Verwirklichungen, die Geschichte Preußens und der Hanse anklingen lassen, so wollen wir uns mit der Nennung dieser Beispiele ausdrücklich vor dem Mißverständnis schützen, wir hielten Deutschland nur für das Vaterland von „Dichtern und Denkern“. Es hat für uns auch ein politisches Erbe und einen politischen Auftrag.

Treue Bürgerschaft

Wir können unseren Beitrag zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens nur leisten, wenn wir nicht als treulose Schurken an unserem Vaterlande erfunden werden.

Das Vaterland ist eine echte Gottesgabe, die verlangt, daß wir ihr treu bleiben, daß wir für sie da sind und sie pflegen. Der Christ muß die Echtheit seiner Bürger-

schaft im Himmel gerade dadurch beweisen, daß er sich in seinen diesseitigen Verhältnissen als jemand bewährt, dem Vergebung widerfahren ist und der Gnade empfangen hat, damit er auch für andere zuverlässig da sein und sich opferbereit einsetzen kann. Die Güte und barmherzige Gerechtigkeit des himmlischen Vaters will im irdischen Vaterland in unserem Tun und Lassen ihr vernehmbares Echo finden.

Toleranz und Gewissensfreiheit

Als Christlich-Demokratische Union müssen wir der Welt ein Beispiel dafür geben, daß die politische Zusammenarbeit von Menschen aus den beiden großen Konfessionen die Fruchtbarkeit und Wohltat des Glaubens für unser zeitliches Dasein bestätigt. Wir üben praktische Toleranz und Gewissensfreiheit, indem wir das innerste religiöse Leben als unantastbar respektieren und gemeinsam dem Lande der Reformation mit unseren verschiedenen Gaben dienen. Es ist unsere Aufgabe, zu zeigen, daß die Beheimatung menschlicher Existenz im Jenseits die Menschen keineswegs zu Schwärmern und untüchtig für diesseitige Aufgaben macht, sondern sie erst recht befähigt, ihren Mitmenschen hier auf Erden das zu geben, was sie ihnen schuldig sind.

Unzerstörbare Gemeinschaft

Das ist letztlich der tragende Grund für die unzerstörbare Gemeinschaft aller Deutschen auf beiden Seiten des eisernen Vorhangs. Wir kämpfen so leidenschaftlich für den Bestand der Freiheit Berlins, damit wir uns wenigstens in der deutschen Hauptstadt als Brüder und Schwestern treffen und offen zeigen können, daß wir in einem gemeinsamen Vaterland füreinander da sind. Von den politischen Gegnern müssen wir fordern, daß sie das Selbstbestimmungsrecht im eigenen Vaterland nicht nur theoretisch und abstrakt anerkennen, sondern auch in der völkerrechtlichen Wirklichkeit anwenden und wiederherstellen. Als unüberhörbare Mahnung an dieses unaufgebbare Recht muß Berlin ein Ort bleiben, an dem sich Bundesrepublikaner und Bewohner der Sowjetzone, evangelische und katholische Christen, Skeptiker und Nietzsche-Anhänger treffen können im Zeichen der Freiheit und unter dem Schutze der Gesetze und Rechte solcher Verfassungen, die das Gewissen als die Würde des nach Gottes Ebenbild geschaffenen Menschen respektieren. Am Schicksal Berlins werden wir erkennen, wie es um unser Vaterland steht!

Vaterland ist das Land, in dem wir nicht nur geboren, sondern auch getauft worden sind. Es ist das Land, in dem unsere Kirchen stehen, das Land, in dem die Kreuze auf unseren Gräbern das Zeichen der letzten Hoffnung sind. Unser deutsches Vaterland ist das Land, in dem jeder junge und erwachsene Mensch auch noch etwas hören soll von dem schlichten Wort Jesu Christi, mit dem Theodor Heuss sich als Bundespräsident im vergangenen Jahr in München von dem Kirchentag verabschiedet hat. Es ist ein Wort, das als Taufspruch für unser Vaterland gelten könnte: „Was hülfte es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele.“

Aus der Ansprache in der Schlußkundgebung der 8. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU am 2. April 1960 in Mannheim.

Rabies theologorum heute

Unter dieser Überschrift macht Richard Eckstein in der von ihm herausgegebenen und redigierten „EVANGELISCH-LUTHERISCHEN KIRCHENZEITUNG“, Berlin, u. a. folgende bemerkenswerten Ausführungen:

„... Die Theologen werden in der Tages- und Zeitschriftenpresse als Hilfstruppen und Eideshelfer für bestimmte politische Ansichten und Bestrebungen gebraucht. Es scheint, daß sich viele Theologen über diese Funktionen ihrer öffentlichen Stellungnahmen nicht klar sind. Andererseits muß man freilich auch sagen, daß offenbar manche Theologen heute gerade darin ihre wichtigste Aufgabe sehen. Wir sind weit davon entfernt, die theologische Klärung ethischer und politischer Fragen für überflüssig zu halten, aber wir können uns dabei nicht der Sorge entschlagen, daß eine Gewichtsverschiebung der theologischen Arbeit und eine Verengung der theologischen Problematik eingetreten ist. Man muß schon fragen: Treibt die theologische Wissenschaft noch ihr eigenes Geschäft, oder besorgt sie die Geschäfte anderer? ...

Man ist in Deutschland geneigt, schlechthin alles, was Professoren sagen, als unumstößliche Wahrheit hinzunehmen. Das ist aufs Ganze gesehen gefährlich, vor allem aber dann, wenn Theologen von der politischen ‚rabies‘ ergriffen werden. Dieser Zustand scheint uns bei einer Anzahl namhafter Professoren der Theologie eingetreten zu sein, deren politische Meinungen und Urteile mit dem Gewicht theologischer und professoraler Autorität umkleidet erscheinen. Dieser allgemeine Satz sei mit einigen konkreten Beispielen belegt:

Barth: „Antikommunismus ist das größere Ubel“

Karl Barth hat der führenden amerikanischen protestantischen Zeitschrift ‚The Christian Century‘ auf ihre Bitte einen Rechenschafts-

bericht über das vergangene Jahrzehnt seines Lebens, über das, was er, neu erlebt, entdeckt, gedacht und getan habe, gegeben (deutscher Text in der ‚Evangelischen Theologie‘ Nr. 3/1960). Er kommt dabei natürlich auch auf die Politik zu sprechen, und da lesen wir etwa:

„Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat das Ost-West-Problem uns alle begleitet und überschattet. Und in dieser Frage kann ich der großen Mehrheit in meiner Umgebung nicht zustimmen. Nicht, daß ich die geringste Neigung zum östlichen Kommunismus hätte, bei dem Gesicht, das er der Welt darbietet. Ich ziehe es entschieden vor, nicht in seiner Sphäre zu leben, und ich möchte nicht, daß irgend jemand sonst dazu gezwungen wird. Aber ich kann nicht verstehen, wieso die Politik und das Christentum es erfordern oder auch nur zulassen, daß eine solche Abneigung zu den Schlußfolgerungen führt, die der Westen in den letzten 15 Jahren immer schärfer gezogen hat. Für mich ist der Antikommunismus als Prinzip ein Ubel, das größer ist als der Kommunismus selbst. Kann man denn die Tatsache übersehen, daß der Kommunismus das unerwünschte, aber — bei all seiner Kampfeslust — natürliche Ergebnis westlicher Entwicklung ist? ...“

Einseitige Anschuldigung des Westens

Diese Äußerung ist typisch für die politische Theorie der professoralen Opposition in der EKD. Der Grundtenor lautet: Der Westen ist schuld. Er ist schuld, daß es überhaupt einen Kommunismus gibt. Er ist schuld, daß der Kommunismus sich so entwickelt hat, wie er sich heute darstellt. Und der Antikommunismus ist wieder Schuld des Westens. Das ist ein bißchen viel. Es ist doch eine alte Regel, daß bei unerquicklichen Entwicklungen zwischen Menschen und auch in der Politik niemals der einen Seite die ganze Schuld zukommt, sondern daß immer wieder beide Teile Schuld tragen. Man

kann dann abwägen und feststellen, daß der eine mehr und der andere weniger Schuld hat — ganz abgesehen von verhängnisvollen Entwicklungen, — die keiner von beiden beabsichtigt oder vorausgesehen hat.

Aber bei Karl Barth ist es eben der Westen, der schuld ist. Es wird zwar darauf hingewiesen, daß der Kommunismus ein Ergebnis — wir möchten sorgfältiger und vorsichtiger sagen: auch ein Ergebnis — westlicher Entwicklung ist. Aber die Frage, ob nicht der westliche Antikommunismus auch gerechterweise als Resultat und Reaktion auf den östlichen Kommunismus beurteilt werden muß, wird unterlassen. Abgesehen davon, ist der westliche Antikommunismus wirklich ein ‚Prinzip‘? Ist er nicht einfach das natürliche Ergebnis der zugestandenen östlichen ‚Kampfeslust‘? So kann man beinahe hinter jedes Wort der vorstehenden Ausführungen Karl Barths ein Fragezeichen setzen und damit anzeigen, daß darin gewiß ein Stück Wahrheit wiedergegeben ist ...

Fragen und Gegenfragen

... Wenn man alles erwägt, was seit 1914 geschehen ist, war dann die zweifellos übertriebene Notwendigkeit der Sicherung, mit der die Sowjetunion sich selbst zu schützen und die ihr angebotenen Dinge festzuhalten suchte, so völlig unverständlich? Mit welchem Recht haben wir nach 1945 plötzlich angefangen, von einem notwendigen ‚roll-back‘ zu sprechen? Mußte man es unbedingt als offensive militärische Bedrohung der restlichen Welt auffassen, als die Kommunisten ihrerseits Maßnahmen gegen ein solches Zurückrollen ergriffen? Haben wir dem östlichen Partner irgendeine Wahl gelassen? Haben wir ihn nicht durch die Errichtung einer massiven westlichen Verteidigungsallianz provoziert, mit Artillerie umringt, die deutsche Bundesrepublik errichtet — die ihm wie eine unter seine Nase gehaltene geballte Faust erschien — und diese Republik wieder aufge-

rüstet und mit Atomwaffen ausgerüstet?

Diese gehäuften rhetorischen Fragen kann man je nachdem, an welchem Punkt der geschichtlichen Entwicklung man mit der Betrachtung einsetzt, mit Ja oder mit Nein beantworten und jede von ihnen mit einer Gegenfrage aufheben. Oder war etwa die militärische Sicherung der Sowjetunion nach 1945 angesichts der völligen Niederlage des deutschen Gegners und der prompten Abrüstung der westlichen Mächte nach dem Krieg nicht unverständlich? Konnte die Beibehaltung der hohen Rüstung Rußlands angesichts der allgemeinen Abrüstung nicht auch als eine Bedrohung der westlichen Welt verstanden werden? Mußten die verantwortlichen Staatsmänner des Westens sich nicht von Amts wegen darüber Gedanken machen, wie man einer evtl. Bedrohung durch den russischen Koloß entgegentreten könnte? Und das ‚roll-back‘, war das nicht eine selbstverständliche Parole angesichts der laut proklamierten und nie widerrufenen Theorie der kommunistischen Weltrevolution und des faktischen Angriffs der bolschewistischen Macht? Man erinnere sich nur des Versuchs, zwei Millionen Westberliner durch eine Hungerblockade unter die sowjetische Botmäßigkeit zu bringen.

Groteske Übertreibung, grobe „Ungenauigkeit“

Wenn die westliche Verteidigungsallianz, die nebenbei bemerkt keineswegs ‚massiv‘ ist — worüber General *N o r s t a d* Auskunft geben kann, der nicht weiß, wie er mit den wenigen einsatzfähigen westlichen Divisionen einem eventuellen Angriff von Hunderten von sowjetischen Divisionen begegnen sollte — die Kommunisten ‚proviziert‘, muß man dann nicht auch zugestehen, daß

diese Verteidigungsallianz auch ihrerseits provoziert worden ist? Daß die schwache, schon durch ihre geographische Bedingungen benachteiligte, auch heute noch nicht die vorgesehenen 14 Divisionen stellende Bundesrepublik den Russen ‚wie eine unter die Nase gehaltene geballte Faust‘ erscheinen soll, ist reine Phantasie angesichts der wirklichen Stärkeverhältnisse. Niemand wird sich mehr über diese groteske Übertreibung lustig machen als die Russen selbst . . .

Zuletzt aber kommt eine grobe Ungenauigkeit, um das harte Wort Unwahrheit zu vermeiden, die ‚Feststellung‘ von einer Atomwaffen-Ausstattung der Bundeswehr. Natürlich weiß Barth ganz genau, daß die Bundeswehr keine Atomwaffen hat und die Bundesrepublik nicht über Atomwaffen verfügt. Trotzdem aber sagt er, man habe diese Republik mit Atomwaffen ausgestattet . . .

Dialektischer Kunstgriff

Durch den dialektischen Kunstgriff, die Fehler und Mängel des Westens stark übertreibend hervorzuheben und andererseits die des Ostens im gleichen Maße zu verharmlosen und zu bagatellisieren, entsteht ein völlig verkehrtes Bild: Der unschuldige, friedliebende, harmlose, zwar nicht angenehme, aber doch verständliche Kommunismus erscheint in der Rolle des in die Enge getriebenen, mit dem Rücken an die Wand kämpfenden Bären, der sich gegen die militaristischen Wölfe des Westens wehren muß. Das ist genau das Bild, das die sowjetische Propaganda entworfen hat. Man wird dort Karl Barth Dank wissen dafür, daß er dieses einseitige Bild sich zu eigen macht und es — mit dem Gewicht seiner Autorität versehen — in einem Bereich propagiert, der der sowjetischen Propaganda schwer zugänglich ist . . .

Weder theologisch noch wissenschaftlich

Zum Ganzen ist . . . zu fragen, ob die Darstellung und Beurteilung der politischen Situation durch Karl Barth sehr viel mit der Theologie zu tun hat. Ergibt sich diese einseitige Sicht aus der Schriftauslegung? Oder aus der systematischen Besinnung über Glaubensinhalte? Hat das etwas mit der Rechtfertigung oder mit der heiligen Dreieinigkeit zu tun? Gewiß wird man auch diese dezidierte Sicht der Dinge, in der Barth ‚der großen Mehrheit in seiner Umgebung nicht zustimmen kann‘, hören und beachten und sie zum Anlaß nehmen, die eigene Beurteilung kritisch zu überprüfen und evtl. die eigene Einseitigkeit zu korrigieren. Aber man kann diese politische Meinung Karl Barths keineswegs als theologisch verbindlich erklären und kann ihr auch keineswegs das Gewicht einer wissenschaftlichen Feststellung zubilligen.

Wie der Meister, so die Schüler . . .“

Gefährliche Halbwahrheiten

Eckstein setzt sich dann mit Äußerungen Hermann Diems und Helmut Gollwitzers auseinander und schreibt:

„. . . Das Schreckliche an all diesen professoralen Äußerungen ist, daß sie nicht nüchtern, vorurteilslos und sachlich bestimmt sind, sondern aus einer einseitigen Sicht erfolgen. So werden nicht Wahrheiten, sondern gefährliche Halbwahrheiten ausgesprochen, und selbstverständlich verlieren sie durch die Unsachlichkeit und Einseitigkeit auch allen ‚wissenschaftlichen‘ Charakter. Noch schlimmer ist, daß diese Halbwahrheiten mit dem Gewicht theologischer Äußerungen und damit unter Bezugnahme auf die letzte Autorität des Wortes Gottes ausgesprochen werden . . .“